

## Gorleben ist überall

Der Zug mit Atommüll ist auf seinem Weg nach Gorleben auch durch die Region Hannover gefahren. Auch deshalb haben sich LINKE aus Hannover an den Protesten beteiligt.

Seite 3

## Skandalöse Stromsperrungen

Immer wieder drehen die Stadtwerke sozial schwachen Kunden bei nur geringen Zahlungsrückständen den Strom ab. DIE LINKE im Rat fordert, diese unsoziale Praxis zu beenden.

Seite 8

## Sozialticket günstiger als erwartet

Auf einer Anhörung in der Regionsversammlung ist deutlich geworden, dass ein Sozialticket für Busse und Bahnen die Region Hannover deutlich weniger kosten würde, als ein Gutachten vorausgesagt hat.

Seite 4

# Roter Faden

ZEITUNG DER FRAKTIONEN DIE LINKE IM RAT DER LANDESHAUPTSTADT  
UND IN DER REGIONSVERSAMMLUNG HANNOVER

**DIE LINKE.**

Fraaktionen in der Region Hannover

## Liebe Leserin, lieber Leser,



Liebe Leserin,  
lieber Leser,  
  
mit dem neuen  
Roten Faden  
erhalten Sie  
wieder aktuelle  
Informationen  
über die Arbeit

der linken Fraktionen in der Regionsversammlung und im Rat der Stadt Hannover. Leider sind auch diesmal wieder die Gaspreise und die unsozialen Stromsperren durch die Stadtwerke Thema. Denn auf der einen Seite fährt das städtische Unternehmen satte Gewinne ein, auf der anderen Seite wird Kunden mit nur geringfügigen Zahlungsrückständen gnadenlos und knallhart der Strom abgestellt. Ich bin gerne bereit, ein wenig mehr für das Gas zu bezahlen, damit ich es im Winter schön warm habe. Aber nicht, um den städtischen Haushalt zu sanieren, sondern damit auch Familien, die von Hartz IV leben, im Winter nicht frieren müssen. Wir fordern deshalb weiterhin die Einführung von Sozialtarifen und verlangen eine sozialere Praxis bei Zahlungsrückständen.

Die aktuelle Finanzmarktkrise werde eine Wirtschaftskrise nach sich ziehen. Das sagen jetzt schon alle berufenen und unberufenen Propheten voraus. Damit sollen die Bürgerinnen und Bürger darauf vorbereitet werden, dass sie im kommenden Jahr, spätestens nach der Bundestagswahl, „den Gürtel enger schnallen“ müssen. Auch die Stadt und die Region Hannover müssen sparen, heißt es. Bei der Stadt steht Alles auf dem Prüfstand: Die städtischen Altenheime sollen möglicherweise privatisiert werden, die Stadtentwässerung ebenso, mit allen negativen Folgen für Kunden und Belegschaft. Und die Regionsverwaltung weigert sich weiterhin, ein Sozialticket für Busse und Bahnen einzuführen. Die kleinen Leute und die Bedürftigen sollen wieder die Zeche zahlen für die Fehlspekulationen und Profite der Reichen. So darf es nicht bleiben.

Viel Spaß beim Lesen!

Ihr Ratscherr Oliver Förste

## HANNOVER NICHT KAPUTT SPAREN!

**Hätte es die Finanzkrise nicht gegeben, man hätte sie erfinden müssen. Nunmehr greift die normative Kraft des Faktischen, es muss gespart werden. „Alles“, so der Stadtkämmerer Dr. Marc Hansmann (SPD), „gehört auf den Prüfstand!“**



Fraktionsvorsitzender im Rat:  
Michael Höntsch

■ Was dies genau bedeutet, konnten die Personalräte der Landeshauptstadt hautnah erleben. Im Vorfeld der Tarifverhandlungen gibt es keine, wie in der Vergangenheit bewährten, Vereinbarungen mit der Personalvertretung hinsichtlich der Haushaltskonsolidierung. Ein markantes Beispiel: Nicht die Wirtschaftlichkeit der städtischen Altenheime soll überprüft werden, sondern deren Privatisierung. Dass mit diesen Planungen der Verwaltungsspitze ganz nebenbei erheblicher Druck auf die gewerkschaftliche Interessenvertretung aufgebaut und die Arbeitnehmervertretung geschwächt wird, sei hier nur am Rande vermerkt.

Zum Haushaltsplan haben sich viele Gedanken gemacht. Erwähnt seien die Forderungen und Anträge der Träger der Jugendarbeit, wie des Stadtjugendrings. Gerade auch die Stadtbezirksräte sind ihrer Verantwortung in großem Umfang gerecht geworden und haben, größtenteils einstimmig, ihre Vorstellungen zum Haushalt entwickelt und Anträge gestellt. Leider muss festgestellt werden, dass die so oft beschworene Kompetenz vor Ort nicht wahrgenommen wird. Fast alles, was aus den Verbänden und Stadtbezirksräten kommt, fällt der Ablehnung durch die rot-grüne Rathausmehrheit zum Opfer.

Hier wird nicht nur eine maßlose Arroganz der Macht deutlich, es offenbart sich auch eine unzureichende innerparteiliche Demokratie. Das wird die Politikverdrossenheit weiter befördern. Wenn sachkundige Bürger und Organisationen kein Gehör mehr finden, wenn es nicht mehr möglich ist, Bezirksratsbeschlüsse im Rat umzusetzen, wenn Beschlüsse von Ortsvereinen der SPD und Stadtteilgruppen der Bündnisgrünen die Ratsfraktionen eben dieser Parteien nicht

interessieren, dann fragen sich Wählerinnen und Wähler zu Recht, "was soll's?!"

Die LINKE wird den Weg der Haushaltskonsolidierung nicht mitgehen. Man kann eine Kommune auch kaputt sparen. Investitionen im sozialen Bereich sind immer auch Investitionen in die Zukunft, diese Lehre wird von der Mehrheit im Rat nicht mehr geteilt. DIE LINKE, sei es in der Opposition oder wie in vielen Kommunen in den neuen Bundesländern in der Verantwortung, hat ein Konzept. Auch wir müssen verantwortlich mit den Einnahmen umgehen, sorgfältig Mittel bewirtschaften und für eine Attraktivität des Wirtschaftsstandortes sorgen. Wir tun dies aber aus einer anderen Logik heraus und entwickeln dementsprechend unsere Forderungen.

Auf die Logik, es zuvorderst der Kommunaufsicht Recht zu machen, lassen wir uns nicht ein. Hier muss wesentlich mehr Rückgrat gezeigt werden. Wir müssen die chronische Unterfinanzierung der Städte und Kommunen beenden und auf der Bundes- und Landesebene umsteuern. Die Ratsfraktion DIE LINKE hat den vorgelegten Haushalt abgelehnt.

Michael Höntsch

## Impressum

### Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Leinstr. 16, 30159 Hannover  
Tel.: 05 11 168 463-48, Fax: /-76  
[www.linksfraktion-hannover.de](http://www.linksfraktion-hannover.de)  
Email: [heidrun.tannenberghannover-rat.de](mailto:heidrun.tannenberghannover-rat.de)

### Fraktion DIE LINKE in der Regionsversammlung Hannover

Hildesheimer Str. 20, 30169 Hannover  
Tel.: 05 11 616 211-62, Fax: /-63  
[www.dielinke-regionsfraktion.de](http://www.dielinke-regionsfraktion.de)  
Email: [kontakt@die-linke-regionsfraktion.de](mailto:kontakt@die-linke-regionsfraktion.de)

### Redaktion:

Oliver Förste, Michael Fleischmann  
V.i.S.d.P.: Stefan Müller  
Satz: Markus Hintze

### Newsletter:

Den Newsletter beider Fraktionen können Sie über obige Kontakte bestellen.

## STRAHLENDER ATOMMÜLL ROLLT DURCH DIE REGION

Der Zug mit den elf Castorbehältern und hochradioaktivem Atommüll ist auf seinem Weg nach Gorleben am 9. November auch durch die Region Hannover gefahren. Begleitet von Hubschraubern und Mannschaftswagen der Polizei fuhr der Zug mit der tödlichen Fracht gegen 16.35 Uhr in den Lehrter Güterbahnhof ein.

■ Nachdem die Dieselloks dort aufgetankt wurden, setzten sich die Castoren kurz nach 18.00 Uhr wieder in Bewegung. Gegen 18.15 Uhr durchquerten sie den Burgdorfer Bahnhof in Richtung Celle. Die Bevölkerung wurde weder über den Zeitpunkt noch über die Fahrtroute informiert – obwohl laut Messungen von Greenpeace die Neutronen-



Der Castorzug durchfährt den Burgdorfer Bahnhof. Passanten auf dem Bahnsteig sind der hohen Neutronenstrahlung schutzlos ausgeliefert. (Foto: Felix Mübel)

strahlung der Castoren diesmal deutlich höher war als bei vergangenen Transporten. Noch in einer Entfernung von 14 Metern lag der gemessene Strahlungswert 500-fach über der natürlichen radioaktiven Strahlung. Es ist deshalb nicht auszuschließen, dass vor allem Begleitpersonal, aber auch Anwohnerinnen und Anwohner gefährdet worden sind. Wegen der Verwendung des neuen Castorbehälters vom Typ TN 85 hat Kurt Herzog, umweltpolitischer Sprecher der LINKEN im Niedersächsischen Landtag, Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Lüneburg eingereicht

### Strahlendosis für Passanten

In Burgdorf standen Passanten auf dem Bahnsteig, als der Castorzug den Bahnhof durchquerte. In nur wenigen Metern Entfernung rollte die todbringende Fracht an ihnen vorbei. Sie haben deshalb eine hohe Strahlendosis abbekommen. Der linke Burgdor-

fer Ratsherr Michael Fleischmann hat dazu eine Anfrage gestellt. Er will von der Verwaltung wissen, wie beim nächsten Castortransport die Bevölkerung vor hoher radioaktiver Strahlung geschützt wird.

### Gorleben ist überall

Sollte das Zwischenlager mit den abgestellten Castor-Behältern durch einen Terroranschlag in die Luft fliegen, ist nicht nur der Landkreis Lüchow-Dannenberg für immer unbewohnbar. Auch in der Region Hannover werden hunderttausende Menschen mit ihrer Gesundheit für die „friedliche“ Nutzung der Atomkraft bezahlen müssen. Grund genug für DIE LINKE, sich deutlich an den Protesten in Gorleben zu beteiligen – abgesehen davon, dass der Salzstock als Endlager für den hochradioaktiven Atommüll auf



Sitzblockade vor dem Zwischenlager mit dem Regionsabgeordneten Jörn Jan Leidecker. (Foto: Christian Degener)

Dauer überhaupt nicht geeignet ist. Neben der Landtagsfraktion und vielen anderen LINKEN beteiligten sich auch die hannoverschen Regionsabgeordneten Dr. Michael Braedt und Jörn Jan Leidecker an der Demonstration und an Sitzblockaden.



DIE LINKE demonstriert in Gorleben. (Foto: Manfred Leschinski)

## BESSERER FAHRKARTENSERVICE BEI DER ÜSTRA?

**Nach Tix und Mux klagen Fahrgäste jetzt auch über die neuen Fahrkartensammler der üstra. Die Geräte geben keine Sammeltickets aus, was sich nach dem Willen aller Politiker im Verkehrsausschuss der Region Hannover ändern soll.**

■ Auch das Schöne Wochenendticket und das Niedersachsenticket sollen die Fahrgäste an den Haltestellen kaufen können. Stefan Müller, verkehrspolitischer Sprecher der LINKEN, wünscht sich außerdem, dass

Einzeltickets auch in den Stadtbahnen verkauft werden. „Schon so manchem Fahrgast ist die Bahn vor der Nase weggefahren, weil beim Erwerb der Fahrkarte an der Haltestelle wertvolle Zeit verloren geht“, begründet der 40-Jährige die Forderung. „Damit muss Schluss sein.“ Unterstützung kommt von der CDU. Die Verkehrsunternehmen in Bremen und Köln haben mit dem Fahrscheinverkauf in den Bahnen bereits gute Erfahrungen gemacht. Die Automaten sind dort sicher vor Vandalen, und die Fahrgäste freuen sich über den Service.

## SOZIALTICKET DEUTLICH GÜNSTIGER ALS BEHAUPTET

**Auf einer Anhörung im Sozialausschuss der Regionsversammlung haben Sachkundige aus mehreren Städten vorgestellt, wie das Sozialticket für Busse und Bahnen bei ihnen funktioniert. Dabei hat sich herausgestellt, dass die Kosten dafür deutlich niedriger liegen, als ein von der Region Hannover in Auftrag gegebenes Gutachten ergeben hat.**



Ein erhöhtes Fahrgastaufkommen bringt der üstra höhere Umsatzerlöse. Dies ist ein Grund, warum das Sozialticket günstiger ist, als die Region vorrechnet.

■ In Köln ist das Sozialticket ein Teil des Köln-Passes, eingeführt von einem rot-rot-grünen Bündnis im Stadtrat. Diesen Pass erhalten alle Kölner, deren Einkommen bis zu zehn Prozent über dem Arbeitslosengeld II liegt, kostenlos. Alle Inhaber des Köln-Passes können eine um 50 Prozent ermäßigte Monatskarte zum Preis von 28 Euro kaufen. Ermäßigte Vierertickets kosten 4,50 Euro. Von

den in Köln insgesamt 170.000 Berechtigten nutzen inzwischen 92.000 dieses Angebot. Um die Mindereinnahmen auszugleichen, zahlt die Stadt rund 2,9 Millionen Euro im Jahr an die Kölner Verkehrsbetriebe. Damit ist das Sozialticket bei vergleichbaren Einwohnerzahlen dort wesentlich günstiger, als es das Gutachten für die Region Hannover mit Kosten zwischen neun und 21 Millionen Euro vorhergesagt hat.

### Köln, Berlin und Dortmund machen es vor

Auch in Berlin muss die Stadt für das Sozialticket vergleichsweise viel weniger draufzahlen, als für die Region Hannover prognostiziert: Bei einem Preis von 33,50 Euro für die Monatskarte und rund 527.000 Berechtigten zahlt Berlin in diesem Jahr neun Mio. Euro Zuschuss. Umgerechnet auf die Region mit etwa 146.000 Berechtigten ergäbe das einen Zuschussbedarf von rund 2,5 Mio. Euro. In Dortmund läuft zurzeit ein zweijähriger Modellversuch zur Einführung des Sozialtickets. Bei rund 80.000 Berechtigten schießt die Stadt in diesem Jahr rund fünf Mio. Euro zu. Dort kostet das Sozialticket nur 15 Euro im Monat und liegt damit noch unter dem Regelsatz von Hartz IV für Verkehrsleistungen in Höhe von 16,05 Euro. In Dortmund nutzt

das verantwortliche Sozialamt zur Finanzierung des Sozialtickets zusätzlich einen Großkundenrabatt des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr in Höhe von 16 Prozent pro Karte. Einen zehnzehnten Rabatt für Großkunden nutzt auch die private „Stiftung Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut“ in Bielefeld. Etwa 2.500 von insgesamt 40.000 Berechtigten kaufen dort eine übertragbare ermäßigte Monatskarte, die allerdings nur fünf Euro günstiger ist als der Normaltarif. Die Stiftung selbst spricht deshalb auch nur von einem „Notnagel“.

### Was kommt in der Region?

Die Linksfraktion in der Regionsversammlung bevorzugt für Hannover eine Kombination der Modelle aus verschiedenen Städten. „Wir stellen uns vor, dass das Sozialticket wie in Köln Teil eines umfassenden Region Hannover Passes mit weiteren Vergünstigungen ist“, sagt der sozialpolitische Sprecher Jörn Jan Leidecker. „Allerdings sollte es wie in Berlin den Antragstellern unbürokratisch zugeschickt werden. Als Preis sollten wir uns am Regelsatz von Hartz IV orientieren, also nur 15 Euro wie in Dortmund.“ Das Sozialticket beschließen und damit ein Wahlversprechen zur Kommunalwahl erfüllen, kann hier allerdings nur die rot-grüne Koalitionsmehrheit. An den Stimmen der LINKEN soll es dabei nicht fehlen.

## RADIOAKTIVER GIFTMÜLL AN WEITEREN STELLEN?

**Radioaktiver Giftmüll aus der Produktion der Chemiefabrik de Haën lagert im Stadtteil List wohl nicht nur am De-Haën-Platz, sondern noch an weiteren Stellen.**

■ Nachdem die Bürgerinitiative „Gegen Altlasten in der List“ Druck gemacht hatte, recherchierten Mitarbeiter der Region Hannover als zuständiger Bodenschutzbehörde. Sie wurden in Altlastengutachten fündig, die jahrelang offensichtlich ungelesen in den Regalen der Stadt Hannover, des ehemaligen Landkreises und der Region Hannover lagen. Die Regionsmitarbeiter sind auf mehrere Verdachtsflächen in der List und in Linden gestoßen, wo de Haën im 19. Jahrhundert Produktionsstätten gehabt

hat. Diese Flächen müssen jetzt untersucht werden. Dank der Bürgerinitiative ist die „unkoordinierte grundstückscharfe Altlastenentsorgung“ vom Tisch. Danach hätten die Bewohnerinnen und Bewohner für die Sanierung sofort selbst zahlen müssen. Die Region Hannover erstellt stattdessen ein Gesamtkonzept und hat nach anfänglichem Widerstand außerdem ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. „Dieses soll prüfen, inwieweit man die Firma de Haën als Verursacher zur Kasse bitten kann“, erläutert Dr. Michael Braedt, umweltpolitischer Sprecher der LINKEN in der Regionsversammlung. Der Altlastenexperte engagiert sich zusammen mit Michael Höntsch, Fraktionschef der LINKEN im Rat der Landeshauptstadt, und

Stadtteilsprecher Rainer Budnick in der Bürgerinitiative.

### Altlastenfonds beantragt

Um der Region bei der Sanierung unter die Arme zu greifen, hat DIE LINKE im Landtag beantragt, einen Altlastenfonds einzurichten. Den fordern inzwischen alle Parteien in der Regionsversammlung. Michael Braedt warnt allerdings davor, allein auf den Fonds zu vertrauen. „Davon muss die Landesregierung noch davon überzeugt werden“, betont er. „Außerdem darf der Altlastenfonds nicht dazu führen, dass der Verursacher des radioaktiven Giftmülls oder dessen Rechtsnachfolger ungeschoren davonkommen.“

## GELEBTE SOLIDARITÄT IN BADENSTEDT Strike Bike jetzt in Hannover zu kaufen

Als die Belegschaft des Fahrradwerks Bike Systems in Nordhausen den von der Schließung bedrohten Betrieb besetzte und im Oktober 2007 eine Woche lang in eigener Regie Strike Bikes montierte, erregte dies bundesweit Aufsehen.

■ Auch wenn das aufmüpfige Kollektiv danach die besetzte Fabrik räumte und in eine Transfermaßnahme wechselte, hat ihr Engagement Spuren hinterlassen. Eine Woche lang hatten sie in eigener Regie 1.800 „Strike Bikes“ produziert und damit bewiesen, dass eine selbst verwaltete Produktion möglich ist. Gleichzeitig gab es einen Aufruf im Internet, Fahrradhändler vor Ort anzusprechen, ob sie das „Strike Bike“ verkaufen könnten. Der linke Bezirksrat Siegfried Seidel fragte bei seinem Fahrradhändler in Badenstedt nach. Der wendete sich an die Kol-

legInnen von „Strike Bike“, aber leider waren die „Strike Bikes“ schon ausverkauft.

Im Dezember 2007 organisieren eine Handvoll Mitarbeiter dann die Neugründung einer Fahrradmanufaktur und führen Vorgespräche mit Lieferanten und Kunden. Es folgt die Gründung der Strike Bike GmbH und die Vorstellung der neuen Fahrradmodelle. 1. Mai 2008: Die Produktion beginnt. Der Fahrradhändler nimmt erneut Kontakt zu Strike-Bike auf, diesmal mit Erfolg: Das „Volksrad“ kann jetzt bei bei 2-Rad Wiederhold in der Badenstedter Straße 204 (Tel: 49 42 20) gekauft werden. Bezirksrat Siegfried Seidel meint: „Dies ist ein Zeichen von gelebter Solidarität. Es wäre schön, wenn mehr Menschen solche alternativen Projekte unterstützen.“

## LINKE GEGEN NEUBAU AM ANDREAS-HERMES-PLATZ

Petra Beimes, Vertreterin der LINKEN im Stadtbezirksrat Mitte, hat sich gegen den Bau von zwei achtstöckigen Bürotürmen auf dem Andreas-Hermes-Platz ausgesprochen.

■ In diesen Neubau soll nach Plänen von Rot-Grün im Rat künftig die Volkshochschule (VHS) einziehen. Allerdings drängt sich nach den Diskussionen der vergangenen Wochen der Verdacht auf, der Umzug der VHS habe nur eine Türöffnerfunktion für eine Bebauung des Platzes. Zum einen sind die Gebäude mit rund 10.000 qm Bürofläche für die Volkshochschule völlig überdimensioniert, zum anderen denkt der Oberbürgermeister mittlerweile wieder über eine Sanierung des VHS-Gebäudes am Theodor-Lessing-Platz nach. Auf völliges Unverständnis stößt es bei der LINKEN auch, dass die Verwaltung bereits Vorschläge der AnwohnerInnen gesammelt hat, um eine bessere Nutzung des Platzes zu erreichen. „Die vorgelegte Planung geht völlig an den Interessen der BürgerInnen vorbei“, betont Beimes. Derzeit wird der Platz unter anderem vom Pavillon für kulturelle Veranstaltungen, wie das Masala-Festival genutzt. Mit der Bebauung



Der Andreas-Hermes-Platz mit Blick auf den barrierefreien Zugang zum Raschplatz.

ginge auch der einzige barrierefreie Zugang zum Raschplatz verloren.

### Integrationsbeiräte in den Bezirken

Zur besseren Integration von MigrantInnen können die Stadtbezirke künftig Integrationsbeiräte einrichten. Deren Gestaltung trifft nicht auf ungeteilte Zustimmung bei der LINKEN. Denn die MigrantInnen selbst sollen darin nur die Hälfte der Sitze erhalten. Außerdem sollen die Mitglieder von den Bezirksräten berufen werden. Die LINKE fordert dagegen eine Wahl. Rot-Grün argumentiert, das sei unmöglich, aus den Melderegistern gehe nicht hervor, wer einen Migrationshintergrund hat. In anderen Städten, wie Berlin, ist eine Wahl aber durchaus möglich.

### Bezirksrat gegen Schließung der Bücherei im Freizeitheim Linden

Mit nur einer Stimme hat der Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt einen Antrag des linken Bezirksrats Herrn Siegfried Seidel zum Erhalt der Stadtbibliothek im Freizeitheim Linden angenommen. Alle anderen Bezirksratsmitglieder haben sich enthalten. Auch der Bezirksrat Linden-Limmer hatte sich zuvor mit den Stimmen von SPD, Grünen und LINKEN gegen die Schließung der Bücherei ausgesprochen. Ein Antrag der linken Ratsfraktion gegen die Schließung wurde von Rot-Grün im Kulturausschuss jedoch abgelehnt.

### Resolution für Radio Flora

Mit ebenfalls nur einer Stimme hat der Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt eine Resolution zum Erhalt des Bürgersenders Radio Flora verabschiedet. Leider vergeblich, denn die Niedersächsische Landesmedienanstalt hat die Lizenz für den Sender mit rund 400 ehrenamtlichen Mitarbeitern nicht verlängert. Strippenzieher im Hintergrund: der Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Ulrich Düttemeyer.

### Zusammenlegung von Sportplätzen in Hainholz

Mit einer Anfrage hat sich DIE LINKE im Bezirksrat Nord nach der geplanten Zusammenlegung der Sportplätze des VfV Hainholz an der Voltmerstraße erkundigt. Leider konnte die Stadt immer noch nicht konkret über den Stand der Verhandlungen informieren. Thomas Grote, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Bezirksrat erläutert: „Die anliegenden Kleingärtner befürchten, dass mehrere Gärten der Zusammenlegung zum Opfer fallen. Sie haben ein Recht darauf, so bald wie möglich zu erfahren, wie es dort weitergehen soll.“

### Kommission zur Stärkung der Bezirksräte

Bezirksrats Herr Karsten Plotzki aus Buchholz-Kleefeld vertritt DIE LINKE in der neu gegründeten Kommission zur Erweiterung der Kompetenzen der Stadtbezirksräte. Die Kommission soll Vorschläge erarbeiten, welche Befugnisse vom Rat auf die Bezirksräte übertragen werden können.

## GEWERBE IM TRINKWASSER-GEWINNUNGS-GEBIET

Der Burgdorfer Rat pumpt viele Millionen Euro in ein neues Gewerbegebiet im Nordwesten der Stadt, das mitten im Trinkwasser-Gewinnungs-Gebiet des Wasserwerks liegt. Allein in den Ankauf von Grundstücken sind dieses Jahr mehr als vier Millionen Euro geflossen.



Unter diesen Wiesen und Äckern am nordwestlichen Stadtrand lagert das Burgdorfer Trinkwasser. Der Rat gibt viele Millionen, um hier Gewerbe anzusiedeln.

■ Im Haushalt für 2009 haben Politik und Verwaltung mehr als zwei Millionen für den Straßenbau und die

Kanalisation eingestellt. Was die anderen Parteien als Investition in die Zukunft bezeichnen, ist für DAS LINKSBÜNDNIS ein

Eigentor. Nicht nur der Grundwasserschutz steht auf dem Spiel. Laut neuem EU-Recht kann die Stadt Unternehmen nicht mehr

vorschreiben, wie Umweltauflagen einzuhalten sind. Die Verantwortlichen im Rathaus bezahlen außerdem einen Teil der Gewerbeausgaben mit Krediten und treiben damit die Verschuldung in die Höhe – obwohl die Weltwirtschaft vor der schwersten Krise seit Jahrzehnten steht. Die Stadt wird deshalb, wie andere Kommunen auch, schon in absehbarer Zeit weniger Steuern einnehmen. Gleichzeitig fehlt schon jetzt das Geld für soziale Aufgaben und überfällige Investitionen in vielen anderen Bereichen. „Das ist eine verantwortungslose

Politik“, kommentiert Michael Fleischmann (LINKSBÜNDNIS), der als einziger Politiker im Rat das Gewerbegebiet ablehnt.

## BÜRGERHAUSHALT IN LEHRTE?

Das wünscht sich zumindest die linke Ratsfrau Regina Steingraber und hat deshalb dem Haushalt der Stadt nicht zugestimmt. Steingraber fordert, dass Bürgerinnen und Bürger zumindest in Teilbereichen beim Haushalt mitbestimmen und mitentscheiden dürfen – vor allem, wenn sie von geplanten Ausgaben oder Kürzungen betroffen sind.

■ „Ich verspreche mir davon mehr direkte Demokratie“, begründet sie ihren Vorstoß. „Außerdem haben dann Bürgerinnen und Bürger, denen bisher kaum jemand zuhört, im Rathaus eine Lobby.“ Als Beispiel nennt sie Jugendliche und Arbeitslose. „Jugendliche müssen mitentscheiden können, wenn



Die Drogenberatungsstelle Drobelt hat wegen Geldmangels viel zu kurze Öffnungszeiten. Erhält Lehrte einen Bürgerhaushalt, wird sich das ändern.

nur halbe Stellen.“ Die Einrichtung hatte einen Zuschuss bei der Stadt Lehrte beantragt, ist aber leer ausgegangen. „Mit einem Bürgerhaushalt kommen die Verantwortlichen im Rathaus damit nicht mehr durch“, ist die linke Ratsfrau überzeugt.

### System erfolgreich erprobt

Der Bürgerhaushalt ist keine windige Idee, son-

dern wurde zum ersten Mal 1989 in der südbrasilianischen Stadt Porto Alegre erfolgreich eingeführt. Zehn Jahre später probierten die Gemeinde Monheim und die Stadt Blomberg ein bürgerorientiertes Verfahren bei der Haushaltsaufstellung aus – ebenfalls mit ermutigenden Ergebnissen. Seitdem haben verschiedene Städte in Nordrhein-Westfalen bürgerorientierte Haushalte aufgestellt, die sich teilweise am Modell Porto Alegre orientieren (siehe Kasten).

### Städte mit bürgerorientiertem Haushalt

- Erlangen
- Hamm
- Castrop-Rauxel
- Vlotho
- Emsdetten
- Hilden
- Monheim

## BREITER WIDERSTAND GEGEN NAZIAUFMARSCH AM 1. MAI

**Gegen den geplanten Aufmarsch der norddeutschen Naziszene am Feiertag der Arbeiterbewegung in Hannover formiert sich breiter und massiver Widerstand.**

■ „Freie Kameradschaften“ wollen vom Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) mit Unterstützung von NPD und „Autonomen Nationalisten“ vorbei am Klagesmarkt bis nach Linden marschieren. Vertreter der Jüdischen Gemeinde, der Evangelischen und Katholischen Kirche sowie der Ratsfraktionen von SPD, FDP, Grünen und LINKEN haben im November über Gegenaktionen beraten. Eingeladen hatten der DGB-Bezirksvorsitzende Sebastian Wertmüller und Bürgermeister Bernd Strauch (SPD). Es folgte ein vom DGB organisiertes Treffen bei der IG Metall mit Antifa-Gruppen, politischen Jugendorganisationen und Vertretern der Politik, bis hin zur CDU. Das Ergebnis: Unter dem Motto „bunt statt braun“ wird zur Teilnahme an der Kund-

gebung am 1. Mai um 10.30 Uhr auf dem Klagesmarkt aufgerufen. Daran schließt sich eine Demonstration an, die über die



Wenn sich viele Menschen an der Umzingelung des ZOB beteiligen, werden die Nazis nicht durch Hannover marschieren!

Goseriede, das Steintor und die Kurt-Schumacher-Straße zum ZOB führt. Genau diese Route haben auch die Rechtsextremen in umgekehrter Richtung angemeldet. Für alle, die nicht demonstrieren wollen, ist ein gro-

Bes Fest auf dem Klagesmarkt geplant, dass sich gezielt gegen Nazis, Rassismus und Antisemitismus richtet.

Geplant ist außerdem, den ZOB massenhaft zu umzingeln. Analog zum erfolgreichen Widerstand gegen den sogenannten Anti-Islamisierungskongress in Köln Ende September, sind rund um den ZOB auf allen Zufahrtswegen Kundgebungen angemeldet. Das Ziel: Die Nazis sollen erst gar nicht durch Hannover laufen. Bernd Strauch und Andere befürchten allerdings Gewalt, wenn sich Nazis und Gegendemonstranten zu nahe kommen. Damit das nicht passiert, haben beim DGB-Treffen alle Organisationen und Gruppen mehrfach gewaltfreien Protest zugesagt. Die Umzingelung soll so angelegt sein, dass sich Alle daran beteiligen können. Auch DIE LINKE wird selbstverständlich mitmachen, damit die Nazis in Hannover nicht ihre menschenverachtende Ideologie verbreiten können.

## 220 MILLIONEN EURO SOLLEN IM KANAL VERSENKT WERDEN Ausbau des Stichkanals Linden ist ökonomischer Unsinn

**Mit 220 Millionen Euro von Bund und Land soll im nächsten Jahrzehnt der vom Mittellandkanal zum Lindener Hafen führende Stichkanal Linden ausgebaut werden. Das Vorhaben stößt auf Kritik nicht nur bei der Bürgerinitiative „Limmer für immer“.**

■ Die an der Schleuse in Limmer gelegenen Häuser müssten dem Kanalausbau vielleicht doch nicht weichen, hat die Stadt jetzt mitgeteilt. Um Flächenenteignungen und Abrisse wird man aber wohl nicht herumkommen. Außerdem erwartet die Anlieger des Kanals für sechs bis acht Jahre eine riesenhafte Baustelle mit den entsprechenden Belastungen. Der linke Bezirksratherr Harry Meyer weist außerdem auf zusätzliche Lärmbelastung in den westlichen Stadtteilen durch die notwendige Erhöhung von Brücken für die Deutsche Bahn und eine erhöhte Trassenführung hin. Es



Die Schleuse in Limmer.

habe auch keiner mit dem Bauunternehmer Papenburg gesprochen, der am Kanal die „Wasserstadt Limmer“ mit rund 800 Wohneinheiten errichten will. Ein Kanalausbau hätte wegen Lärm, Gestank und Staub negative Auswirkungen auf die Vermarktbarkeit dieser Immobilien, befürchtet Meyer.

### Fehlende Bedarfsanalyse

Als Grund für den Ausbau nennt das Wasser- und Schifffahrtsamt die zurzeit eingeschränkte Nutzung des Kanals mit Schiffen bis zu einer Länge von nur 85 m. In Zukunft sollen dort auch die Übergroßen Motorschiffe mit einer Länge von 135 m verkehren können. Tilman Heuser, Schifffahrtsexperte des BUND, verweist jedoch auf eine fehlende Bedarfs-

analyse. Momentan befährt nur ein Schiff am Tag den Stichkanal, damit ist er nur zu zehn Prozent ausgelastet. Von den 80 Betrieben am Lindener Hafen nutzen nur fünf den Wasserweg. In einem Gutachten heißt es: "Kurz- bis mittelfristig können die Unternehmen, die heute das Binnenschiff nutzen, mit den infrastrukturellen Gegebenheiten und den daraus resultierenden Einschränkungen konkurrenzfähig agieren." Auch die Kosten-Nutzen-Effizienz von 1,12 nach dem Ausbau bei gegenwärtig 1,0 lohnt sich aus Sicht der Steuerzahler nicht. Erst 70 Jahre nach dem Bau würde sich das Projekt rechnen, von den steigenden Baukosten ganz abgesehen. Als Alternative böte sich der Ausbau des Nordhafens an. Umweltdezernent Hans Mönninghoff (Grüne) argumentiert zwar, dort sei kein Platz. Das gilt jedoch nur für das Stadtgebiet, auf der anderen Kanalseite im ehemaligen Landkreis wäre noch reichlich Gelände vorhanden. Zum Ausbau des Stichkanals ist die Zustimmung der Stadt nötig. Die linke Ratsfraktion wird das unnötige Projekt ablehnen.

## KUNDEN DER STADTWERKE ZAHLEN ZECHER FÜR SCHWANKENDE ÖLPREISE

Im Gefolge der seinerzeit hohen Ölpreise und der daran gekoppelten Beschaffungskosten für Gas haben die Stadtwerke ihre Gaspreise im Oktober um satte 22 Prozent erhöht.

■ Da die Stadt Hannover 75 Prozent der Anteile von enercity hält, sitzen auch mehrere Ratspolitiker im Aufsichtsrat, der die Preiserhöhungen genehmigen muss. Die Vertreter von SPD, Grünen und FDP haben dieser Preiserhöhung kritiklos zugestimmt. So weit so gut. Inzwischen aber ist der Ölpreis aufgrund der Finanzmarktkrise massiv eingebrochen, aber die Stadtwerke wollen die Gaspreise frühestens im April wieder senken. Die Preise könnten aus geschäftlichen Gründen nur alle sechs Monate verändert werden, heißt es zur Begründung. Dabei hatte der Vorstandsvorsitzende von enercity, Michael Feist, in einer Presseerklärung vom 18. August noch erklärt: „Das Unternehmen setzt seine Politik fort, steigende und sin-



"enercity positive energie" - positiv schlägt sich die derzeitige Preisbildungspolitik nur in den Büchern von enercity nieder.

kende Gasbeschaffungskosten 1:1 und ohne Aufschläge an die Kunden weiter zu geben.“ Das trifft nun leider nur zur Hälfte zu: Steigende Kosten werden sofort weitergegeben, sinkende Kosten leider nicht.

Andere Unternehmen außerhalb Hannovers machen dagegen vor, dass es auch anders geht. So senken die Energieversorger im Südwesten der Republik, EnBW und MVV

Energie, ihre Gaspreise bereits zum 1. Januar. Zum Jahresbeginn sinken auch die Gaspreise in Lehrte und Garbsen. DIE LINKE im Rat fordert die Stadtwerke und die Vertreter der Stadt im Aufsichtsrat auf, die Gaspreise nicht erst nach dem Winter zu senken, wenn der Gasverbrauch wieder

zurückgeht. „Es darf nicht sein, dass die treuen Kunden der Stadtwerke die Zeche für die schwankenden Ölpreise bezahlen müssen“, betont der Fraktionsvorsitzende Michael Höntsch. „Die Vertreter der Stadt sollten nicht vergessen, dass sie in im Aufsichtsrat der Stadtwerke sitzen, weil sie von den Bürgern der Landeshauptstadt in den Rat gewählt worden sind.“

## WEITERHIN SKANDALÖSE STROMSPERREN DURCH STADTWERKE

Es handelt sich nicht um Einzelfälle. In rund 600 Wohnungen pro Monat drehen die Stadtwerke Hannover säumigen Zahlern den Strom ab, ohne dabei auf soziale Härtefälle Rücksicht zunehmen.

■ Einmal ist eine asthmakranke allein erziehende Mutter betroffen, die auf ein elektronisches Inhaliergerät angewiesen ist, ein andermal erleidet ein 79-jähriger Rentner vor Aufregung darüber einen Schlaganfall. Auch in der Geschäftsstelle der linken Ratsfraktion melden sich Kunden der Stadtwerke, die von Stromsperrern betroffen sind: So bekam ein arbeitsloser Mann wegen eines Zahlungsrückstands in Höhe von 137 Euro ein Mahnschreiben von enercity mit einer Zahlungsfrist von einer Woche. Sonst werde ihm innerhalb von vier Wochen der Strom abgestellt. Tatsächlich wurde ihm aber schon am Tag der Absendung des Schreibens der Strom abgedreht, und er saß ohne Vorwarnung im Dunkeln. Der betreffende Sachbearbeiter ließ nicht mit sich reden. Nach einem Anruf im Büro von Michael Feist, dem Vorstandsvorsitzenden von

enercity, ging es dann jedoch ganz schnell, und der Strom wurde wieder angestellt. Allerdings haben die Stadtwerke dem Mann für die Stromabschaltung gleich wieder 100 Euro in Rechnung gestellt, und schon hat er wieder Schulden beim hannoverschen Energieversorger!

### Rot-Grün bildet Arbeitsgruppen

Bereits im Mai hat DIE LINKE im Rat einen Antrag gestellt, dass Stromsperrern durch die Stadtwerke in Zukunft unterbleiben. Natürlich wurde dieser Antrag abgelehnt, stattdessen reagierte Rot-Grün darauf zunächst mit einem Projekt zur Energieberatung, um einkommensschwachen Menschen beim Stromsparen zu helfen. Inzwischen ist die Energieberatung in Hainholz und Stöcken angelaufen, und die örtliche Presse berichtet über erste Erfolge: „Nun weiß die Rentnerin, dass sie elf Euro jährlich einsparen kann, wenn sie die Ratschläge der Energieberater befolgt“, heißt es in einem Artikel des

Stadt-Anzeigers Nord. Wirklich grandios! Ein weiterer Kommentar erübrigt sich wohl. Immerhin hat Rot-Grün jetzt die Bildung einer Arbeitsgruppe beantragt, die ein „präventives Konzept zur Vermeidung sozialer Härten durch Gas- und Stromsperrern“ erarbeiten soll. „Und wenn ich nicht mehr weiter weiß, bild' ich einen Arbeitskreis“, sagt dazu der Volksmund. Die Linksfraktion im Rat wird sehr genau hingucken, ob und was diese Arbeitsgruppe leistet, und was am Ende für die Betroffenen herauskommt.

### Folgende Vertreter der Stadt sitzen im Aufsichtsrat der Stadtwerke:

- Walter Meinhold (SPD)
- Dr. Marc Hansmann (SPD)
- Andreas Bergen (SPD)
- Manfred Müller (SPD)
- Dr. Hilde Moennig (CDU)
- Dieter Küßner (CDU)
- Jens Allerheiligen (Grüne)
- Wilfried Engelke (FDP)